

Das GRÜNE in der Bürgerschaft

Aus der Stadtbürgerschaft vom 10. Dezember 2013

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/odd>

Kohlekraft ersetzen

Eine Studie der Universität Stuttgart ergab, dass Abgase aus Kohlekraftwerken hohe Gesundheitskosten und erhöhte Sterblichkeit bewirken. Dabei sind Schwefeldioxid, Stickoxide, Ruß und Staub, besonders Feinstaub, und giftige Metalle wie Quecksilber, Blei, Arsen und Cadmium besonders problematisch. In Bremen werden derzeit drei Kohlekraftwerke unterschiedlichen Alters betrieben. Deshalb ging die Grünen-Fraktion dem Problem mit einer Großen Anfrage nach, die heute debattiert wurde. Dabei bezieht sie sich nicht nur auf die aktuellen Kraftwerksemissionen und ihre gesundheitlichen Auswirkungen auf die Bevölkerung, sondern auch auf die Möglichkeiten, mittel- und langfristig gänzlich auf Kohlekraftwerke verzichten zu können.



Die erwähnte Studie mit ihrem älteren Datenmaterial aus den USA sei nicht so einfach auf Deutschland übertragbar, gab die gesundheitspolitische Sprecherin Kirsten Kappert-Gonther Kritik daran wieder. Auch sei ein direkter Zusammenhang von Kohlekraftwerken und der Erkrankung von

Menschen in deren Umgebung nicht einfach nachzuweisen. Dies liegt daran, dass die Kraftwerksabgase über die Schornsteine hoch in der Luft verteilt werden. Und, so die Erkenntnis: Der Anteil der Kraftfahrzeuge an den Schadstoffen ist weitaus höher. Kappert-Gonthers Schlussfolgerung heißt, beides tun: So wenig wie möglich mit dem Auto fahren und die Kohlekraft ablösen durch umweltfreundliche Energieerzeugung.



Und darauf bezog sich die energie- und Klimaschutzpolitische Sprecherin Anne Schierenbeck: Deshalb wollen die Grünen die Laufzeiten der Kohlekraftwerke begrenzen. Dazu hat Bremen, laut Antwort des Senats, hier auf Landesebene keine Handhabe. Die bestehenden Kraftwerke sind nach dem

Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigt und diese Genehmigung gilt unbefristet. Derzeit sind im Bundes-Immissionsschutzgesetz keine Vorgaben für Mindest-Wirkungsgrade oder Höchstmengen für CO₂ vorgesehen. Das muss geändert werden, damit es in Deutschland zumindest keinen Neubau von Kohlekraftwerken mehr gibt!

„Einzelhandel“ kommt nicht von „einzeln handeln“

Zur Attraktivitätssteigerung der Bremer Innenstadt und der Stadtteilzentren gehört auch ein möglichst unverwechselbar gestaltetes Angebot, um den



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

von Einzelhandelsketten geprägten und austauschbaren Einkaufsmeilen etwas entgegenzusetzen. Hierzu bedarf es der Förderung der traditionellen, meist inhabergeführten Geschäfte, gerade auch im Hinblick auf den rasant wachsenden Internethandel. Dazu fordert ein heute beschlossener Koalitionsantrag unter anderem die Ergänzung des Konzepts "Bremer Innenstadt 2020" um einzelhandelsbezogene Wirtschaftsförderung.



Ralph Saxe, wirtschaftspolitischer Sprecher, verdeutlichte, dass die Geschäftsleute sich um den Strukturwandel sorgen, der die Einkaufslandschaft radikal verändern könnte. Dazu muss sich der Einzelhandel selbstbewusst der digitalen Konkurrenz stellen, dafür kann die Wirtschaftsförderung konkrete Hilfestellung

leisten, die an den Defiziten und Potentialen ansetzt und vor allem kooperative Ansätze unterstützt.

Betroffene zu Beteiligten machen

Viele Bürgerinnen und Bürger beteiligen sich an der Gestaltung des Zusammenlebens in ihrer Stadt – sei es aus Protest an Straßenbauprojekten, sei es mit Vorschlägen für Verkehrsberuhigungsmaßnahmen. Vieles an Bürgerbeteiligung ist gesetzlich geregelt, viele gute Erfahrungen sind bereits beispielsweise mit "Runden Tischen" gemacht worden. Ein heute angenommener Antrag will die Bürgerbeteiligung über die gesetzlichen Vorgaben hinaus verbessern. Auch schon bestehendes Engagement von BürgerInnen soll besser unterstützt werden, aber besonders diejenigen, die weniger vertraut sind mit politischen und Verwaltungsprozessen sollen zum Mitmachen und Einmischen aufgefordert werden. Dazu soll der Senat einen "Entwicklungsplan Bürgerbeteiligung" entwerfen mit konkreten Zielvorstellungen und Rahmenhandlungsvorgaben für die Verwaltung.



Marie Hoppe, für Beiräte und Bürgerbeteiligung zuständig, erläuterte anhand von fünf Punkten den Rahmen eines solchen Entwicklungsplans: Erstens soll ein Leitbild Möglichkeiten aber auch Grenzen von Bürgerbeteiligung beschreiben. Zweitens sollen Kriterien aufgestellt werden, nach denen entschieden

wird, ob und in welcher Form Bürgerbeteiligung stattfindet. Drittens: Jeder Beteiligungsprozess braucht eine klare Zielsetzung, gute Planung und Umsetzung. Viertens braucht es Ideen, wie politikferne Menschen erreicht und einbezogen werden können. Und fünftens und nicht zuletzt muss geklärt werden, wie Ergebnisse in die politischen Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Glasflaschenverbot an der Disco-Meile

Bereits im Februar 2012 hatte die Stadtbürgerschaft mit dem Antrag "Quartier um die 'Discomeile' am Breitenweg nachhaltig neu entwickeln" beschlossen, für die Disco-Meile vom Senat ein Entwicklungskonzept erarbeiten zu lassen. Seinen Bericht dazu hatte der Senat im Januar 2013



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

vorgelegt. Zu diesem Konzept, mit dessen Umsetzung im Jahr 2014 begonnen werden soll, hat die Koalition mit einem weiteren Antrag zwei neue Aspekte zur Verbesserung von Sicherheit und Attraktivität vorgeschlagen: die Prüfung eines Glasflaschenverbots rund um die Disco-Meile und die Unterstützung der dortigen Gastronomie bei der Zusammenarbeit.



Der innenpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion Björn Fecker regte zur besseren Zusammenarbeit der Gastronomen ein „Meilen-BID“ an, also ein „Business Improvement District“, wie es dies bereits z. B. im Ostertor gibt. Hierbei sollen nicht nur die HausbesitzerInnen einbezogen werden, sondern auch die AnwohnerInnen und natürlich die Geschäftsführungen der Unterhaltungsbetriebe.

Die Einführung eines Glasflaschenverbots rund um die Disco-Meile diene nicht nur der Sauberkeit der Partymeile, sondern sei auch ein wirkungsvolles Instrument, die Sicherheit zu stärken. Dies wird beim Bremer Freimarkt bereits erfolgreich praktiziert.

Bahnhofsumfeld im Umbruch

Mit dem Bau zweier Gebäude auf dem Bahnhofsvorplatz, der geplanten Umgestaltung des zentralen Omnibusbahnhofs und den Verbesserungen im Umfeld der Disco-Meile wird sich nicht nur das Erscheinungsbild der umliegenden Straßen und Flächen verändern, sondern auch ihre Nutzung und Verbindungswege. Zustimmung fand heute ein Antrag, der vom Senat konzeptionelle Lösungen für die künftige Nutzung des Bahnhofsvorplatzes und des Platzes vor dem Überseemuseum, die Verbindungswege in die umliegenden Stadtteile für FußgängerInnen und RadfahrerInnen oder auch die Parksituation für Autos und Fahrräder fordert.



Ralph Saxe, verkehrspolitischer Sprecher, ging auf die heutigen Mängel ein: Für den Radverkehr an den Hauptbahnhof und die Fahrradstation gibt es keine Anbindung. Im weiteren Verlauf des Herdentorsteinwegs ist nicht genug Platz für FußgängerInnen und RadfahrerInnen. Saxe bemängelte auch die

Situation im Gustav-Deetjen-Tunnel und im Findorfftunnel, die vor Jahrzehnten schon zugunsten einer „autogerechten Stadt“ und zum Nachteil der anderen VerkehrsteilnehmerInnen verhunzt wurden. Hierzu fordert der Antrag Abhilfe. Ralph Saxe hält aber auch den Abriss der Hochstraße für einen Segen für die Weiterentwicklung der Bahnhofsvorstadt.

Ängste abbauen, Kriminalität vorbeugen

Auch wenn in Bremen im vergangenen Jahr die Zahl der Straftaten zurückgegangen ist – auch die der Einbrüche –, entspricht dies nicht dem individuellen Sicherheitsempfinden der BürgerInnen. Um Angst und Misstrauen zu begegnen, aber auch um der Kriminalität vorzubeugen, sollen sogenannte Sicherheitspartnerschaften mehr gefördert und ausgebaut werden.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

Hierbei geht es nicht um die Bildung von „Bürgerwehren“, sondern um das Zusammenwirken der BewohnerInnen in ihren Wohnquartieren mit den örtlichen Einrichtungen und der Polizei. Dafür gibt es bereits funktionierende Beispiele aus England oder auch Niedersachsen.



Der Innenpolitiker Björn Fecker wies darauf hin, dass es Stadtteile gibt, in denen schon aktive Initiativen von AnwohnerInnen und Netzwerke bestehen, die gute Arbeit leisten. Hier könne aufgesattelt werden und Netzwerke gegebenenfalls erweitert werden. Andere

Bereiche in Bremen verfügen über nur lose oder gar keine Strukturen. Hier gelte es anzusetzen, die Nachbarschaft zu stärken durch die Einbindung aller Gruppen, um zu konkreten Veränderungen zu kommen, wie z. B. der Abbau von so genannten „Angsträumen“ wie Unterführungen. Wichtig sei es aber auch den Austausch der Stadtteile untereinander zu fördern.

Obstbäume in der Stadt

Besonders zur Blütezeit im Frühjahr bieten Obstbäume eine reizvolle Verschönerung des Stadt- und Landschaftsbildes. Allerdings gibt es nur wenige Obstbäume auf öffentlichen Flächen im innerstädtischen Bereich, deren Ertrag der Allgemeinheit zur Verfügung stünde. Zu berücksichtigen dabei ist jedoch die Verkehrssicherheit, denn herabgefallenes Obst kann Gehwege rutschig und somit unsicher machen. Ein Koalitionsantrag fordert den Senat auf, geeignete öffentliche Flächen für die Bepflanzung mit Obstbäumen zu finden und gemeinsam mit dem örtlichen Beirat ein Pilotprojekt zu entwickeln.



Für die umweltpolitische Sprecherin Maike Schaefer gibt es ökologische Gründe für die Anpflanzung von Obstbäumen. Dies dient dem Erhalt der Artenvielfalt und unterstützt auch die Bienenvölker bei der Nahrungssuche in der Stadt. Ein anderer Grund ist der Nutzen für die BremerInnen, die sich kostenlos mit frischem

Obst versorgen können sollen.

